

Frühjahrsoffensive der CGT : neue Methoden im Tauziehen zwischen den Sozialpartnern in Frankreich

Autor(en): **Scheuer, Georg**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur**

Band (Jahr): **49 (1970)**

Heft 4

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-338239>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

gens, vorübergehende Arbeitslosigkeit zu überbrücken, ohne dass der Betroffene gezwungen wäre, zu jeden Bedingungen zu arbeiten.

Primär- und Sekundärverteilung

Bis jetzt haben wir noch nicht von Mitteln gesprochen, die dem Staat offenstehen, um die Einkommensverteilung zu beeinflussen. Dieser Möglichkeit trägt der Ökonom jedoch Rechnung, indem er zwischen einer primären und einer sekundären Verteilung unterscheidet. Als primär bezeichnet man die Verteilung, wie sie sich unmittelbar aus dem volkswirtschaftlichen Leistungsprozess ergibt, während die Sekundärverteilung zeigt, wie sich die staatliche Steuerpolitik und die Prämien und Leistungen der staatlichen und privaten sozialpolitischen Gesichtspunkt aus steht deshalb die Sekundärverteilung im Vordergrund. Die Sekundärverteilung wird sich in der Regel als gleichmässiger erweisen als die Primärverteilung, kennen doch die meisten Staaten ein progressives Steuersystem und Sozialversicherungsinstitutionen, die auf dem Solidaritätsprinzip aufgebaut sind.

Georg Scheuer

Frühjahrsoffensive der CGT

Neue Methoden im Tauziehen zwischen den Sozialpartnern in Frankreich

Ein ungewöhnlicher Vorgang schlägt gegenwärtig in Frankreich Wellen: die kommunistisch gelenkte CGT, der relativ stärkste Gewerkschaftsbund, veranstaltete letzthin unter den Elektrizitätsarbeitern eine «Volksabstimmung» über sogenannte «Contrats de Progrès (Fortschrittsverträge)».

Sie erzielte dabei einen prozentualen Erfolg: ungefähr 60% der befragten Arbeitnehmer der E-Werke lehnten die von Regierung und Werksdirektion vorgeschlagenen Verträge ab.

Diese besondere Art von langfristigen Kollektivverträgen wurde bereits von Vertretern der Regierung, der Arbeiter und kleineren Gewerkschaften unterzeichnet und soll, wie Premierminister Chaban-Delmas mehrmals ausführte, die Schaffung einer «Neuen Gesellschaftsordnung» ermöglichen, in welcher es keinen Klassenkampf und auch nicht mehr die in Frankreich häufigen Lohnstreiks geben dürfte, sondern eine Art Gewinnbeteiligung der Arbeitnehmer, vorausgesetzt, dass die betreffenden Grossbetriebe tat-

sächlich Gewinne realisieren. Löhne und Gehälter sollen nicht mehr an die Preisgestaltung gebunden sein, sondern an den Geschäftsgang.

Experiment

Die verstaatlichten E-Werke wären der erste Zweig, in welchem man dieses neue Experiment zu verwirklichen sucht. Die Masse der Arbeitnehmer scheint von dieser Lösung nicht begeistert zu sein, um so mehr als gerade seit Jahresbeginn 1970 die Lebenskosten wieder sprunghaft stiegen.

Dass die Fortschrittsverträge von den kleineren Gewerkschaften dennoch – allerdings vor Bekanntgabe der neuen Teuerungswelle – im Dezember 1969 unterschrieben wurden, dürfte auch damit zusammenhängen, dass diese Berufsverbände hauptsächlich mittlere und höhere Angestellte und Beamte erfassen, während die CGT die grössere Masse der einfachen, schlechtbezahlten Arbeitnehmer in ihren Reihen zählt.

Unter diesen Umständen war es also nicht weiter erstaunlich, dass die CGT-Führung, die in den letzten Monaten von einem Teil ihrer eigenen radikalisierten Anhängerschaft schon mehrmals als «reformistisch» und «opportunistisch» desavouiert wurde, mit der Unterschrift zögerte. Die Gefahr eines Abfalls enttäuschter CGT-Mitglieder zu linksoppositionellen, insbesondere maoistischen oder trotzkistischen Gruppen wurde dabei von der CGT-Führung immer wieder ins Kalkül gezogen. Man will nicht wieder wie 1968 von «spontanen Ereignissen» überrumpelt werden.

Zwiespalt

Zugleich will die CGT-Führung sich aber auch nicht nach «links» abdrängen und in eine neue Isolierung treiben lassen; sie legt grossen Wert darauf, bei der Regierung und Arbeitgebern als seriöser und verantwortungsbewusster Gesprächspartner dazustehen.

Wenn die CGT sich nun erstmalig zu dem in der gewerkschaftlichen Tradition ungewöhnlichen Weg einer «Volksabstimmung» bei den eigenen Mitgliedern, aber auch bei den anderen E-Arbeitern entschloss, so offensichtlich in zweifacher Stossrichtung:

Einerseits soll den eigenen Anhängern und Mitläufern bewiesen werden, dass ihr Wille von der CGT-Führung geachtet wird, dass die Arbeitnehmer in der CGT die einzige vertrauenswürdige Interessenvertretung haben.

Andererseits soll den Arbeitgebern bewiesen werden, dass die CGT durch Verhandlungen oder Vertragsabschlüsse mit kleineren Gewerkschaften nicht vor vollendete Tatsachen gestellt werden kann, dass Kompromisse jeder Art nur durch Mitwirkung der CGT-Führung realisiert werden können.

Risiko

Mit dieser Praxis begibt sich die CGT jedoch auf ein gefährliches Terrain. Normalerweise gibt es in Verhandlungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmervertretern über Kollektivverträge keine «Volksabstimmung», auch keine Urabstimmung, wie beispielsweise bei Streikbeschlüssen. Die

Aufgabe der Gewerkschaft ist es ja eben, in sachlichen Verhandlungen mit den staatlichen oder privaten Arbeitgebern über Kollektivverträge zu verhandeln und zu beschliessen.

Hat die CGT-Führung mit diesem Experiment nicht den Boden untergraben auf dem sie steht und damit der ganzen französischen Gewerkschaftsbewegung einen Stoss versetzt? Diese Frage stellt man sich auch in französischen Kreisen, die sonst der CGT nicht unfreundlich gegenüberstehen.

Ebenso wie die von General de Gaulle immer wieder organisierten «Plebiszite» und Referendums – von welchen man jetzt unter Präsident Pompidou offensichtlich abgekommen ist – den Wert der parlamentarischen Demokratie schmälerten und die Funktion der Nationalversammlung und des Senats entwerteten, wird auch die Rolle der Gewerkschaften durch solche «Volksabstimmungen» gemindert.

«Notwehr»

Die CGT-Führung ist sich der Zweischneidigkeit ihrer neuesten Taktik bewusst. So bezeichnet sie denn auch ihr Plebiszit als «Ausnahme» und «Notwehr» gegen die von der Regierung erhobenen Vorwürfe.

Zwischen einer ungestümen ausserparlamentarischen und aussergewerkschaftlichen Linksopposition und einem gewissen Unverständnis einzelner Minister versucht die CGT nun durch eine «Flucht nach vorne» einer drohenden Isolierung zu entrinnen. Die weiteren Folgen wird man erst in einigen Wochen kennen.

Literatur

«Die Nationale Front»

Vor einiger Zeit haben wir an dieser Stelle die Zürcher Dissertation von Walter Wolf über den «Faschismus in der Schweiz» besprechen können. Inzwischen ist auch eine Basler Dissertation von einem Schüler von Prof. Edgar Salin erschienen, welche den Werdegang, die Struktur, Ideologie und Politik der wichtigsten Partei des schweizerischen Faschismus, der «Nationalen Front», die aus der Studentenbewegung der «Neuen Front» durch Verschmelzung mit der Gruppe um den «Eisernen Besen» entstand, behandelt.

Die Arbeit ist gut dokumentiert, beschränkt sich aber bedauerlicherweise doch allzusehr auf die Schilderung der internen Entwicklung der «Nationalen Front». Immerhin bietet sie im Gegensatz zur Zürcher Disser-